



An:
Oberbürgermeister der Stadt Eisenach
- Herrn Matthias Doht -

NPD-Fraktion Eisenach
Postfach 10 16 39
99817 Eisenach

Eisenach, den 01.01.2012

Dringlichkeitsantrag der NPD-Fraktion Eisenach Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Korruptionsaffäre in der Stadtverwaltung

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. Der Stadtrat bildet einen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der strafrechtlichen Vorwürfe gegen Bedienstete der Stadtverwaltung, den Oberbürgermeister und den ehemaligen ehrenamtlichen Beigeordneten Köckert.
2. Der Untersuchungsausschuß wird durch zwölf Mitglieder der im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählervereinigungen besetzt.
3. Der Untersuchungsausschuß soll insbesondere klären:
 - Welche vertraulichen Akten sind zu welchem Zeitpunkt an unbefugte Dritte weitergegeben worden?
 - Welche vertraulichen Informationen haben möglicherweise die unternehmerischen Entscheidungen des begünstigten Unternehmens beeinflusst?
 - Wer hatte Kenntnis von der Weitergabe der vertraulichen Unterlagen?
 - Welche Handlungen des ehemaligen Beigeordneten Christian Köckert und der betroffenen Mitarbeiter der Stadtverwaltung haben Beschlüsse des Stadtrates zugunsten des betreffenden Unternehmens beeinflusst?
 - Welche Vergünstigungen aller Art haben die betroffenen Bediensteten und der ehemalige ehrenamtliche Beigeordnete wann und in welcher Form erhalten?
 - Hat der ehemalige Umweltreferent der Stadtverwaltung, welcher heute für das begünstigte Unternehmen arbeitet, einen Tatbeitrag geleistet und seine Stellung in der Verwaltung im Sinne seines heutigen Arbeitgebers mißbraucht?
 - Welchen Einfluß hatte das begünstigte Unternehmen auf die es betreffenden Beschlüßvorlagen des Stadtrates?
 - Wurde die Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Regionalplan Südwestthüringen durch einen der im laufenden Ermittlungsverfahren Betroffenen beeinflusst?
 - Welchen Einfluß hatte das begünstigte Unternehmen auf den Bebauungsplan Nr. 46 „Auf dem Reitenberg“?
 - Ab wann hatte der Oberbürgermeister Kenntnis von der „Zusammenarbeit“ von Mitarbeitern der Verwaltung und dem ehemaligen Beigeordneten Köckert mit dem begünstigten Unternehmen?
 - In welcher Form wurde sich vor den Verhandlungen mit dem begünstigten Unternehmen über die Firma informiert (Beispiel: Vorgehen des Unternehmens in der Gemeinde Ober-Flörsheim)?





- Welche weiteren Investoren und Unternehmen wurden von dem ehemaligen Beigeordneten und den weiteren Betroffenen „beraten“?
- Untersuchung aller weiteren zur Aufklärung und Schadensbegrenzung für die Stadtverwaltung notwendigen und dienlichen Sachverhalte

Begründung:

Die seit Monaten schwelenden Gerüchte um Filz und Korruption in der Stadtverwaltung haben einen großen Vertrauensverlust und einen Imageschaden für die Verwaltung herbeigeführt.

Die nun erfolgten Durchsuchungen sind der vorläufige Höhepunkt einer mutmaßlichen Affäre. Für alle Betroffenen hat bis zur rechtskräftigen Verurteilung die Unschuldsvermutung zu gelten, den entstandenen, vor allem ideellen, Schaden mindert dies aber kaum.

Das Vertrauen der Bürger in Politik und Verwaltung schwindet seit langem und wird durch die laufenden Ermittlungen weiter beschädigt. Die gewählten Repräsentanten der Bürger sollten nun alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um den Schaden zu begrenzen, größtmögliche Aufklärung zu betreiben und Transparenz herzustellen.

Der Oberbürgermeister wäre Kraft Amtes im Ausschuß vertreten, sollte sich aber vernünftigerweise bei allen Sitzungen vertreten lassen.

Für die Fraktion:

Patrick Wieschke

